

ARBEITERZEITUNG

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Matteotti-Tage in Deutschland

Vertuschungsmanöver der Polizei — Verschärfte Hetze gegen Kommunisten und Antifaschisten

Die ungeheuerlichen Terrorakte in Königsberg, Braunschweig, Liegnitz, Goldberg, an der Wasserkante, und ihr Echo im ganzen Reich zwingen die Popen-Diktatur und ihre Schützlinge, die Mordnazis, zum Versuch, die Blutschuld der Naziterrorbanden zu vertuschen. Der Kommissarapparat besorgt das in der Weise, daß er beühigende Redensarten vom „Durchgreifen“ macht, beschleunigt durchgeführte Untersuchungen und Vernehmungen ankündigt, auch Verhaftungen vornimmt. Herr von Bracht leistet sich ein Uebrigens und schickt Glückwunschtelegramme an den von ihm abgesetzten Regierungspräsidenten Bahrenfeld, daß er dem verbrecherischen Anschlag entronnen sei usw.

Diese Komödie muß der Diktaturapparat ausführen, so wie Mussolini nach der Ermordung Matteotti Abhilfe versprach in Königsberg ist die Erbitterung gegen die Nazis derartig aufgeflammt, daß plötzlich alle Salzsteneruniformen, Notverordnungsjacken und Rindviehabzeichen von der Straße verschwunden sind. Die Stimmung erinnert sehr an die der Matteotti-Tage in Italien, wo auch die Massenempörung gegen die korrupten Mordbanden der Diktatur solche Wellen schlug, daß die Faschistenabzeichen von den Straßen verschwanden und Mussolini seine Krokodilstränen vergoß!

Aber das Ende der Matteotti-Tage war, daß der Faschismus seine Kräfte umgruppieren, die Offensive neu aufnehmen konnte und sehr bald die Krise überwunden hatte. Daher, weil sich kein Block der Antifaschisten bildete, der die Diktatur hätte stürzen können!

An diese Tage muß man heute denken. 48 kostbare Stunden sind vergangen, ohne daß die großen Arbeiterorganisationen auch nur Miene gemacht hätten, jetzt zusammenzugehen, wo gleichzeitig ihre Führer abgeschossen, ihre Heime in Brand gesteckt, ihre Mitglieder abgeschlachtet werden, ob sie die eisernen Pfeile oder Sichel und Hammer tragen.

Und die Nazis, die in Königsberg gezwungen waren, den Terror dreist abzuleugnen, dürfen sich bereits wieder erlauben, die Mordhetze verschärft fortzusetzen.

„Erbitterung über die viehischen Mordtaten der KPD bricht durch“, „Schutz vor den bolschewistischen Bluthorden“, schreien die Schlagzeilen des „Völkischen Beobachters“, „sozialdemokratische und kommunistische Hetzer seien durch den Ausbruch des Volkszornes abgewehrt“ worden, „Volksjustiz, wirksame Verbrecherbekämpfer, abschreckende Sühne, Notwehr gegen die Bestialitäten der Kommune und der Eisernen Front“ nennt das Nazi-Zentralorgan die von der Naziführung bewußt vorbereiteten und dann beim Rückzug ausgebrochenen Aktionen.

Jugoslawien und Honker-Ungarn werden als leuchtende Beispiele für Länder mit noch ungebrochenen völkischen Abwehrinstinkten hingestellt. Ausmerzung zunächst der bolschewistischen Verbrecher, ebenso wie der „bolschewistischen Hetzzentralen“ wird gefordert, Standrechte und Verstärkung der Faschistenmiliz!

Unterdessen zeigt der Diktatur-Apparat, daß er den Wink versteht. Die Popenpresse kündigt ganz unverhohlen das Verbot der KPD, die Kassierung ihrer Mandate an, sie hetzt weiter gegen die proletarischen Parteien und Organisationen und die Blutschuld an der sizilianischen Vesper wird vertuscht. Bei den Untersuchungen stellen die Popen-Kommissare überall fest, daß „Nachforschungen nach der politischen Zugehörigkeit der Täter — ergebnislos bleiben“, „impulsive Elemente“ hätten das Wahlergebnis zu den Aktionen geführt.

Vertuscht wird, daß im ganzen Reich die Polizei in der Wahlnacht die aufmarschierenden Mordorganisationen festgestellt hat; vertuscht wird der organisierte Plan, mit dem losgeschlagen wurde zur gleichen Minute. Ver-

tuscht wird die Parteizugehörigkeit der Bravos vom Hakenkreuz. Wo wie in Kassel einwandfrei feststeht, daß die Nazi-Partei großzügige Diebstähle an Waffenbeständen des staatlichen Apparates mit Unterstützung von Teilen der Polizei durchgeführt hat, werden selbst reaktionäre Beamte, die nicht einfach das Treiben mitmachen, wie der Beamte Mergenthaler, selbst mit dem Terror bedroht.

Alles das ist nur möglich, weil (auch

heute) die 13 Millionen hinter KPD und SPD nicht gemeinsam marschieren und weil sie die Lehren Italiens nicht ziehen können, weil ihre Führungen weiter verstockt die verhängnisvolle Politik, die zu den heutigen Zuständen geführt hat, fortsetzen und weil deshalb die Nazis sehr schnell ihre Schlappe überwunden haben und zu einem neuen noch fürchterlicheren Angriff ansetzen werden, wenn es auch nur noch einige Tage so weiter geht.

Der Anschlag in Königsberg

Königsberger Polizei vertuscht!

Königsberg, 3. August. BT. Am Montag und Dienstag erfolgten in der Angelegenheit der Attentate noch zahlreiche Verhaftungen. Darüber, welche politischen Motive den Attentaten zugrunde liegen, will die Polizei noch immer „keine Feststellungen gemacht haben“. Es wird jetzt behauptet, daß die Attentate von einer „Anzahl jüngerer radikaler Leute, die sich dazu anlässlich des Wahlergebnisses zusammengefunden hätten, verübt worden seien“. Im ganzen sind etwa 40 Personen verhaftet worden, die jedoch mit besonderer Hartnäckigkeit die Aussagen verweigern, und die Polizei erklärt sich bisher außerstande, ihre Parteizugehörigkeit einwandfrei festzustellen!

Der Theorie, daß es sich um eine radikale, zu keiner politischen Gruppe gehörende Bande gehandelt habe, wird schon dadurch widerlegt, daß bei der Brandstiftung in Tankstellen SA-Leute in Uniform abgefaßt wurden. Weiter ist festgestellt, daß ein junger SA-Mann, der morgens auf der Flucht vor einer Polizeistreife gefaßt wurde, einen SA-Führer beschuldigt, zu Plünderungen und Gewalttätigkeiten ganz allgemein aufgefordert zu haben.

Wie der Anschlag geschah!

Aus dem Bericht des „Vorwärts“ entnehmen wir:

Vor dem Otto-Braun-Haus sammelten sich auch am Dienstagmorgen Hunderte von Menschen an. Das Äußere des Hauses bietet ein wüstes Bild. Die Fenster der Eingangstür sind zertrümmert, die Türen verschweift und die eisernen Pfosten verüßt. Im Treppenhause sind Sandackbarrikaden errichtet. Die führenden Funktionäre der Eisernen Front und der Partei, die seit Sonntag kaum ein Auge zugeedrückt haben, sind unermüdet tätig. Der Ueberfall auf das Otto-Braun-Haus hat sich nach übereinstimmenden Zeugenaussagen folgendermaßen abgespielt:

Bis um 6 Uhr morgens hielt in der Wahlnacht zum Montag eine starke Wache das Haus besetzt. Als sich bis zu dieser Zeit nichts ereignet hatte, wurde die Wache einbezogen und nach Hause geschickt. Nur 7 Führer der Eisernen Front blieben noch im Hause zurück. Zehn Minuten später erfolgte eine schwere Explosion am Toreingang. Den sofort auf die Treppe Eilenden schlug im Treppenhause ein 3 Meter hohe

Stichflamme entgegen. Die sechs Brandbomben entwickelten einen derart dichten Qualm, daß der einzelne seinen Nebenmann nicht mehr erkennen konnte. Trotzdem gelang es dank dem energischen Zutracken jedes einzelnen, den Brand zu löschen. Am Toreingang wurde eine angelegte „Preussische Zeitung“, das nationalsozialistische Organ Königsbergs, gefunden.

Der wichtigste Fund über ist ein etwa 12 Zentimeter langes Stück Holz, in dem zwölf Löcher eingehohlet waren. In sieben Löchern steckten noch Sprengkapseln, die nicht zur Explosion gelangt waren. Würden alle Sprengkapseln explodiert, so wäre die Wirkung gar nicht abzusehen gewesen.

Hätten sich im Augenblick des Attentats Wachtposten am Toreingang befunden, so wären sie lebende Fackeln gewesen.

Für die äußerst sorgfältige Vorbereitung der Attentate

ist bezeichnend, daß der Ueberfall auf das Otto-Braun-Haus unmittelbar nach dem Abmarsch der Hauswache erfolgte und daß alle anderen Attentate auf den Chefredakteur der „Königsberger Volkszeitung“ und die kommunistischen Funktionäre auf die Minute genau zur gleichen Zeit verübt wurden. Außerdem wurde in dieser Morgenstunde die Königsberger Polizei durch eine Fülle falscher Alarmmeldungen irritiert, so daß sie bei den dann tatsächlich erfolgten Attentaten nicht rechtzeitig zur Stelle sein konnte.

Während die „Ostpreussische Zeitung“, das Parteiorgan der Deutschnationalen Königsbergs, ihr Urteil dahingehend zusammenfaßt, daß die übereinstimmenden Attentate auf Führer der politischen Linken nur von Nationalsozialisten verübt sein können, versucht das Naziorgan sich auf freche und provozierendste Art herauszulügen. Die „Preussische Zeitung“ besitzt die Stirn, zu erklären, daß die ganze Unternehmung am Montagmorgen nichts anderes als eine raffinierte Taktik der Kommunisten sei!

Die Eisernen Front hatte für Mittwoch eine Mitgliederversammlung einberufen, was zu den Vorgängen Stellung zu nehmen. Obwohl diese Mitgliederversammlung in geschlossenen Räumen angesetzt war, hat die Regierung diese Versammlung wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ auf Grund der Burgfriedensverordnung verboten. Das Verbot hat befreilicherweise größte Entrüstung hervorgerufen.

Kommissar verhaftet Antifaschisten!

Mit diesem Bericht vergleiche man die Erklärung des von Popen und Bracht eingesetzten kommissarischen Polizeipräsidenten Berner, der sagt, daß das Attentat eine sehr impulsive Tat, die unverantwortliche Leute ausgeheckt haben, sei. In diesem ungeheuerlichen Dokument wird weiter zur Ablenkung von den Mördern gesagt, daß um 10 Uhr vormittags 10 bewaffnete Reichsbannerleute angetroffen, entwaffnet und festgenommen worden sind. Es handelt sich um die Hauswache, die nach dem Attentat das Arbeiterheim schützte. Der „Vorwärts“ findet keine Zeile der Kritik zu der in dieser Situation geradezu aufreizenden Stimmungsmache des Diktaturkommissars.

Ein neues Terrorattentat bei Marienburg

Mit Salzsäure-Flaschen und Revolverkugeln gegen ADGB-Vorsitzenden!

Marienburg, 3. August. CNB. Auf die Wohnungen des Polizeiinspektors Riedel, des Stadtbaurats Mollenhauer und des Stadtverordneten Zimmermann Rahn wurden heute nacht zwischen 12 und 2 Uhr Revolveranschläge verübt. Rahn ist Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Glücklicherweise wurde jedoch niemand verletzt.

Außerdem wurden Flaschen, die mit Salzsäure und Eisenstücken gefüllt waren, in diese Wohnungen geschleudert. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

WTB. Marienburg, 2. August. Wie zu den gemeldeten Anschlüssen ergänzend mitgeteilt wird, gaben in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr mehrere Unbekannte vor der Gastwirtschaft in Marienburg-Tessendorf Schreckechüsse ab, forderten den Wirt auf, auf die Straße zu kommen und zwangen ihn mit dem vorgehaltenen Revolver, das Ueberfallkommando in Marienburg zu alarmieren. Während der Abwesenheit des Ueberfallkommandos aus Marienburg wurden dann die Anschläge ausgeführt. Die Täter hatten vor der Wohnung des Polizeiinspektors Riedel mehrere Schüsse abgegeben und zwei mit Säure und Eisenstücken gefüllte Flaschen sowie ein langes Gasrohr gegen die Wohnung geworfen. Die Einschlagstellen der Geschosse konnten bisher nicht festgestellt werden, doch fand man auf der Straße vier Patronen für die Armeepistolen 08. Zwei an der Wohnung Riedels liegende Fernsprecheinrichtungen der Stadt und der Reichswehr waren von den Tätern in der Annahme durchschnitten worden, daß sie in die Wohnung Riedels führten. In der Wohnung des Stadtbaurats Mollenhauer wurden die Fenster durch Steinwürfe zertrümmert und ebenfalls zwei Säureflaschen geworfen. Der Vorsitzende des Marienburger Gewerkschaftskartells Rahn Königsberger Vorgänge gewarnt, der Aufwache aufgefordert, sofort auf der Straße zu erscheinen. Rahn folgte jedoch, durch die Forderung nicht. Die Unbekannten mußten sich damit begnügen, heftig gegen die Wohnungstür zu trommeln.

Nazi Panzerwagen beschlagnahmt!

WTB. Kassel, 3. August. Die Polizei nahm gestern Abend bei Angehörigen der Nazis in Hofgeismar Durchsuchungen nach Waffen vor, weil dort ein Panzerwagen sowie Maschinengewehre versteckt sein sollten. Tatsächlich wurde der Panzerwagen gefunden! Es handelt sich um einen mit 5 Millimeter dickem Stahlblech beschlagenen und mit Schießbüchern und gefechtsmäßige Ausrüstung versehenen Kraftwagen, der von der Schutzpolizei in der Polizeiunterkunft sichergestellt wurde. Maschinengewehre oder andere Waffen „konnten bisher nicht gefunden werden“! Die Nachforschungen nach Waffen gehen jedoch weiter.

Wähler-umschichtung in Berlin

Eine Sichtung der Reichstagswahlresultate ergibt für die Berliner bemerkenswerte Verschiebungen. Zum erstenmal erscheinen die Nazis als die größte aller Parteien. Sie wären im Berliner Stadtparlament mit 15 Mandaten vertreten, während sie deren jetzt nur 13 besetzen. Gleichwohl hatten die Nazis schon eine höhere Stimmzahl erreicht. Am 21. April dieses Jahres registrierten sie 769.909 Stimmen, während auf sie jetzt 731.688 Stimmen entfielen. Aus denselben Wahlzirkeln, damals aber die Sozialdemokraten mit 798.214 Stimmen hervor traten, da die Kommunisten nur 649.215 Stimmen lachten, an der Spitze.

In Berlin haben die Nazis somit nicht nur einen Stillstand, sondern zum erstenmal auch einen Verlust zu verzeichnen, der um so mehr ins Gewicht fällt, als gleichzeitig auch die Deutschnationalen von 225.843 auf 218.403 Stimmen zurückgegangen sind. Es ergibt sich daraus, daß die Abnahme der Nazistimmen offenbar nur auf eine Flucht von Arbeiterwählern zurückzuführen ist.

Die beiden großen Arbeiterparteien — SPD und KPD — verzeichnen zusammen rund 1.442.000 Stimmen, die sich fast gleichmäßig verteilen. Der Vorsprung der KPD bezieht sich auf nur 155 Stimmen. Das heißt, daß alle seit dem April dieses Jahres von der SPD verlorenen Stimmen (rund 77.000) von der KPD aufgefangen worden sind. Wahrscheinlich ist der von der SPD erlittene Verlust an Arbeiterstimmen sogar noch erheblich größer, da bestimmt anzunehmen ist, daß ihr Stimmen bisher bürgerlicher Wähler zugeflossen sind. Die Berlin beherrschende Ullstein- und Mosse-Presse hat beispielsweise in diesem Wahlkampf ganz offen für die SPD-Liste agitiert, nachdem sie selbst der ihr nahestehenden Staatspartei keine Chance gab. Deren Stimmen sind gegenüber den Preußenwahlen dieses Jahres von 84.962 auf 40.714 zurückgegangen. Ein Teil davon ist offenbar dem Zentrum zugute gekommen, das seine Stimmzahl von 108.240 auf 130.505 zu steigern vermochte. Der Rest hat offenbar für die SPD gestimmt.

Klasse gegen Klasse!

In einem weiteren Aufsatz vom 2. August beschäftigt sich die „Arbeiter-Zeitung“ Wien noch einmal ausführlich mit dem Wahlergebnis. Sie stellt richtig fest, daß die Nazis nichts anderes sind als der Bürgerblock, der alle bürgerlichen Parteien beerbt, um Groß- und Kleinbürgertum, Junker und Bauern gegen die Arbeiterklasse in einer Front zu vereinigen.

Sie sagt dann weiter: und die Arbeiterklasse? Sie sieht, daß sich ihre Klassengegner zu einer Partei vereinigen über alle Gegensätze, die sie bisher geschieden hatten, hinweg... Wird sich jetzt endlich auch die deutsche Arbeiterklasse einigen gegenden gegentenden Klassengegnern? — Klasse gegen Klasse! Es jubilierten nicht nur die Nazis, es jubilierten auch die Kommunisten. Sie haben auf Kosten der Sozialdemokratie 600.000 Stimmen gewonnen, aber ist in dieser Stunde, in der die ganze Stadt- und Dorfbourgeoisie zu faschistischer Gewalt gegen die Arbeiterklasse einigt, wirklich irgend etwas anders damit getan, daß eine der beiden Parteien der Arbeiterklasse der anderen 7% ihrer Stimmen abnimmt? Ist das ein Grund zu jubeln? Wird die Arbeiterklasse dadurch stärker gegen den gefährlichen Feind?

Das ist ganz richtig! Richtig ist ferner, was die „Arbeiter-Zeitung“ Wien weiter sagt, daß das gemeinsame Handeln der Kommunisten und Sozialdemokraten die Organisationsfreiheit, Pressefreiheit, den Schutz noch vorhandener sozialer Einrichtungen usw. sichern könnte.

Falsch aber ist, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ der Meinung ist, in einem solchen Falle könnte sich dann der Arbeiterblock mit dem Zentrum verständigen. Das könnte gerade die SPD sehr gut wissen, wie eine starke Arbeiterbewegung sich erst recht mit der Partei der Seipel und Brüning nicht „verständigen“ kann, wohl aber würde sie einen gewaltigen Druck auf das Zentrum ausüben, seine Arbeiteranhänger mächtig beeinflussen und dadurch die Zentrumsführung von dem heute nach der Wahl bereits offen ausgesprochenen Koalitionsabsichten mit den Nazis zurückzwingen. Als Nebenprodukt des starken Auftretens der Arbeiterklasse würden die kleinbürgerlichen Schichten im Zentrum dem Thyssen, Bracht und Papen-Flügel ein Paroli bieten.

Grundfalsch ist ferner, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ die Ursache der Schwierigkeiten bei der Herbeiführung des Arbeiterblocks den Kommunisten allein zuschreibt. Gerade in der letzten Zeit hat die neueste Kapitulationsfreudigkeit der SPD-Spitzen wieder die Hauptschuld an der Verewigung der verhängnisvollen Vertiefung der Spaltung!

Richtig jedoch schließt der Aufsatz der „Arbeiter-Zeitung“; engherziger Parteilichkeit dürfte jetzt nicht wichtiger sein als Bewegung und Kampfesfreiheit der ganzen Arbeiterklasse: „Lernen wir vom Feind! Drüben im Lager der Bourgeoisie, dort ist schon alles geeint im Zeichen des Hakenkreuzes! Die deutsche Arbeiterklasse wird durch eine Periode furchtbarsten Drucks und härtester Opfer hindurchgehen müssen, wenn sie der ersten Bourgeoisie nicht endlich auch die geeinte Arbeiterklasse entgegenstellen lernt. Klasse gegen Klasse — das ist die Notwendigkeit der Stunde!“

„Unabhängige Staatsführung“!

Immer unverhüllter enthüllt die Diktatur ihre nächsten Schandpläne:

Abschaffung des § 54 der Verfassung, der die Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Reichstag bestimmt!

Einsetzung eines Herrenhauses und einer Kapitalistenkammer als Uebergang zum faschistischen Ständestaat!

Abschaffung des Listensystems, Verbot der Kommunistischen Partei und Kasserung ihrer Mandate! Sofortige Einschränkung der Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit für die Arbeiter.

„Die unabhängige Staatsführung muß gewahrt bleiben, so schreit die ganze Propaganda der Diktatur. Die Regierung wird sich mit dem Reichstag „verständigen“, das heißt sie wird ihn zusammenzutreten lassen, wenn sie einer Mehrheit sicher ist, sie wird ihn zu Hause lassen, wenn es sich als nötig erweist. Neue „unabhängige Persönlichkeiten“, so unabhängig, — wie die Papen und Schleicher —,

von den Nazis und vom rechten Zentrum, sollen ins Kabinett.

Und Herr von Papen soll preußischer Ministerpräsident werden.

Das ist die Bedingung der Diktaturregierung für die sie alle Forderungen der Nazis erfüllen will. Dann wird die auf kaltem Wege papierenes Paragraphensystem gewordene Weimarer Verfassung wie ein Fetzen Papier beseitigt und die neue Macht auf dem festen Block der staatlichen Unterdrückungsmaschine der faschistischen Partei und der Zentrumsführer gegründet sein!

In den Ländern richtet sich die Diktatur weiter ein. In Thüringen wird mit überstürzter Eile eine neue Frick-Regierung vorbereitet. Die sich die Erregung über die jüngsten Mordtaten etwas gelegt haben wird, wird die Faschisten-Miliz in Oldenburg, Lübeck und Braunschweig legalisiert werden.

Das alles soll die unmittelbare Konsequenz des antifaschistischen Vorgehens bei der Wahlbestimmung sein, das alles sind die Folgen der Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die Folgen des Beharrens der SPD- und der KPD-Führung in den bisherigen verhängnisvollen Wegen.

Matteotti-Tage in Deutschland! Soll die italienische Lehre vergeblich gewesen sein?

Zentrum schwenkt zu den Nazis um?

Während die Nazis immer lauter die Forderung nach der Machtübernahme und ihrer Alleinherrschaft stellen, schwenkt das Zentrum offen um und bringt seine Bereitschaft zur Koalition mit der Mordpartei schon drei Tage nach der Wahl zum Ausdruck. Das Zentrum begründet diesen heimlich schon längst vorbereiteten Uebergang in den faschistisch-reaktionären Block mit Besorgtheit um die Erhaltung der Verfassung. Dem Nationalsozialismus dürfe nicht mehr gestattet werden, um die Verantwortung einen großen Bogen zu machen und verfassungsrechtliche Experimente müßten vermieden werden. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz sagt ausdrücklich, die Wahl habe die Nazis zwar nicht zur Diktatur, aber zur Übernahme der Reichsregierung berufen. Es bildet sich offenkundig ein Zentrum-Nazi-Block heraus mit der Absicht, auf die Papendiktatur einen Druck auszuüben und in der Koalition selbständig die Führung der Diktatur zu übernehmen. Alles nach dem Beispiel der italienischen Vorläufer. Auch dort hat Mussolini seinen Frieden mit dem Papst und gewährt der Faschismus der Kirche in seinem Schatten notgedrungenenmaßen gewisse Existenzmöglichkeiten. Dafür segnet der Papst die faschistische Zuchttruppe. Immer mit den Mächtigen ist die Zentrumspartei. Warum sollte es in Deutschland anders sein.

Der in Bildung begriffene Block zeigt, daß die Tage der Papendiktatur gezählt und die offene Faschistendiktatur nahegerückt ist, wenn den Mandatsträgern nicht in den Arm gefallen wird.

Nazi gegen Kasseler Polizeibeamte Der Fall Mergenthaler

Berlin, 3. August. C.N.B. Namens der nationalsozialistischen Fraktion im Preussischen Landtag ist vom Landtagsabgeordneten Kube ein Antrag eingebracht worden, der das Verhalten von Oberregierungsrat Mergenthaler, dem stellvertretenden Polizeivizepräsidenten in Kassel, sowie des der Kriminalsekretäre Landwöhren und Benz scharf kritisiert und verlangt, daß die drei Beamten festgenommen werden und daß gegen sie ein Disziplinarverfahren wegen Amtsmissbrauches und Amtsvergehens mit dem Ziele der Dienstentlassung ohne Pension einzuleiten ist.

Mergenthaler ist Deutschnationaler. Er wurde scharf beim Amtsantritt von Nazis und Deutschnationalen stürmisch begrüßt. Jetzt hat er sich ihre Wut zugezogen, weil er die Untersuchung gegen Waffendiebstähle leitet, die Polizeibeamte in Kassel für die Nazis ausgeführt haben, und die aufgedeckt wurden. Der Nazi-Kube hat vor dem Wahltag persönlich Mergenthaler zur Vertuschung zwingen wollen, was ihm mißlungen ist. Jetzt wird seine Verhaftung gefordert!

Mörder gehen frei aus!

Vor dem Schnellgericht standen weiter ein gewisser Otto Schulz und Helmut Radtke, die sich wegen verbotenen Waffenbesitzes zu verantworten hatten, sie wurden zu fünf Tagen bzw. zwei Wochen drei Tagen Gefängnis verurteilt. Die beschlagnahmten Hieb- und Schusswaffen wurden eingezogen. Beiden Angeklagten wurde Strafaussetzung auf drei Jahre gewährt, wenn die beiden Verurteilten so bzw. 50 Mark Geldbuße an die Gerichtskasse zahlen.

Aus dem Königsberger Strafenbild sind die sonst so zahlreichen SA-Uniformen verschwunden. Auch Partalabscheiben werden nicht mehr sichtbar getragen.

ILP trennt sich von Labour Party

In einer Ausschusssitzung hat die Independent Labour Party den Austritt aus der Labour Party beschlossen. Die Labour Party ist die Dachorganisation der englischen Arbeiterorganisationen, deren Schwergewicht die Gewerkschaften bilden. Obwohl die ILP als Organisation schon länger selbständig war und im Einverständnis mit der Labour Party mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf trat, bildeten die Abgeordneten eine gemeinsame Fraktion, ohne daß hierdurch jedoch die selbständige Stellungnahme im Parlament berührt wurde. Mehr als einmal haben ILP-Vertreter entgegengesetzt wie die Labour-Party-Vertreter gestimmt. Auf ihrem letzten Kongress hat die Labour Party diese Freiheit aufgehoben und die ILP-Abgeordneten vor die Alternative gestellt, sich entweder im Parlament der Fraktionsdisziplin zu fügen oder aber sich außerhalb der Labour Party zu stellen.

Der obige Beschluß wurde mit 241 gegen 142 Stimmen gefaßt. Die ILP wird daher hinfür eine selbständige Parlamentsfraktion bilden.

In seinem tiefsten Grund geht auch dieser Beschluß auf die gegenwärtige Krise zurück. Gleich der SAP ist auch die Mehrheit der ILP der Meinung, daß jetzt für die Arbeiterklasse die Stunde gekommen sei, das Banner des Sozialismus zu entrollen und die reformistischen Illusionen zu verlassen, während die Labour Party zwar in ihren Erklärungen

Die braune Mordpest

Feuerüberfall in Augsburg Eine Schwerverletzte

WTB, Augsburg, 3. August. Ein „unaufgeklärter“ Feuerüberfall wurde hier in der vergangenen Nacht auf die Wohnung des Ehepaars Goß verübt. Gegen 2 Uhr wurden durch die Fenster des Schlafzimmers drei Schüsse abgegeben. Frau Goß erlitt so schwere Arm- und Halsverletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Täter sind unerkannt entkommen. (Wir wissen nach dieser Meldung: Es kann sich nur um antifaschistische Opfer und faschistische Mörder handeln!)

Nazimord in Memmingen

Memmingen, 2. August. WTB. Zu schweren Ausschreitungen kam es hier in den frühen Vormittagsstunden. Der Kommunist Birk wurde unter „Heil Moskau“-Rufen aus seiner Wohnung herausgelockt, von „bisher unbekanntem Tätern“ überfallen und mit Schlagringen schwer mißhandelt. Die Täter flüchteten in einem bereitstehenden Auto. Wegen dieses Vorfalles kam es dann im Laufe des Vormittags vor dem Arbeitsamt zu Zusammenrottungen und Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Kommunisten (!) wurden in Schutzhaft genommen, später jedoch wieder entlassen. Um die Ruhe wieder herzustellen, wurde eine Abteilung Schutzpolizei von Augsburg angefordert.

Neuer Überfall

Memmingen, 3. August. WTB. Von bisher noch nicht bekannten Tätern ist in der letzten Nacht ein Überfall auf einen gewissen Johann Degenhardt verübt worden. Degenhardt wurde durch Messerstiche schwer verletzt und dann bis zur Besinnungslosigkeit geschlagen. „Man glaubt“, daß es sich hier wieder um einen politischen Überfall handelt. Degenhardt gibt an, partellos zu sein.

Ein Eingreifen der ABC-Staaten?

Das paraguayische Parlament hat, wie Havas berichtet, das Mobilisationsdekret des Präsidenten unter großem Beifall angenommen.

Die Regierungen von Argentinien, Brasilien und Chile werden heute abend, wie weiterhin gemeldet wird, eine Note an Bolivien richten, um sie zur Aussetzung der Feindseligkeiten und Annahme eines freundschaftlichen Vermittlungsverfahrens der neutralen Nachbarn aufzufordern. Man denke daran, die Schaffung einer provisorischen neutralen Zone im Chaco-Gebiet vorzuschlagen.

„Der Dank des Vaterlandes“

Mehr als 6000 ehemalige Kriegsteilnehmer sind nach ihrer Abschiebung aus Washington nach Johnstown in Pennsylvania gezogen und haben dort ein neues Lager aufgeschlagen. Da die Nahrungsmittel für die Veteranen überaus knapp sind, besteht die Gefahr, daß Hungernot und Seuchen ausbrechen. Der Gouverneur von Pennsylvania, Pinchot, hat sich geweigert, die Veteranen abzuschleiben.

Überfall

auf Mylauer Turnerhelm

In der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 1/2 Uhr versuchten die SA-Leute mit auswärtiger Verstärkung die Turnhalle der Freien Turnerschaft Mylau i. Vogtland zu zerstören. Dem Eingreifen der Polizei und dem Verhalten der disziplinierten Arbeiterschaft ist es zu danken, daß es zu keinem Zusammenstoß kam, bei dem die Hiltelbanden bestimmt den kürzeren gezogen hätten.

SA will Staat „retten“

BT. Nach einer Klages-polizeilichen Darstellung aus Braunschweig sind am Montag in der Stadt Braunschweig durch die nationalsozialistischen Sprengstoffanschläge insgesamt 50 Fensterscheiben, mehrere Schaufenster und Türen zertrümmert worden. Der Anschlag auf die Wohnung des Oberbürgermeisters Böhme sei bisher nicht aufgeklärt.

Die braunschweigische Führung der SS und SA hat beschlossen, dem „bedrängten braunschweigischen Staat zur Behebung der Rechtsunsicherheit die Hilfe zu verlässigen, ausgesuchter Sturmabteilungslente anzubieten“. Als Vorwand für diese Einwirkung von SS-Leuten in den staatlichen Polizeiparagrafen dient die selbstverschuldete Erschießung eines Standartenführers am Montagmorgen. Der Polizeiminister Klages will zunächst die Haltung des Reiches zu den Parallelvorgängen in Oldenburg abwarten, um danach die Entscheidung über das SS-Angebot zu treffen.

Überfall bewaffnete SA-Banden

WTB, Altona, 2. August. Nach einer Meldung der Altonaer Polizei ist ein SA-Trupp nach Waffen durchsucht worden, wobei bei einem der Angehörigen des Trupps eine bleigefüllte Messingkugel gefunden wurde. In der Holstenstraße waren Passanten aus einem NSDAP-Lokal heraus bedroht worden, worauf Polizei die Räume durchsuchte. Man beschlagnahmte zwei Armeepistolen, zwei Trommelrevolver, eine Scheintodpistole und über 120 Schuss Munition. Sämtliche Waffen waren geladen. SA-Leute waren vorher gewarnt und wurden nicht mehr angetroffen. In Billstedt beschlagnahmte die Polizei bei zwei SA-Motorradfahrern Pistolen und Munition und nahm die Besitzer fest.

Sündenbock verurteilt!

WTB, Königsberg, 2. August. Vor dem Schnellrichter stand heute der Nazi-Student Fritz Rent, dem zur Last gelegt wurde, gestern den Einbruch in das Waffengeschäft von Anhuth verübt und dabei drei Pistolen gestohlen zu haben. Der Student wurde verhaftet und in seinem Besitz die drei Waffen gefunden. Das Gericht verurteilte ihn wegen Einbruchdiebstahls zu sechs Monaten Gefängnis.

Strafexpedition bei Köln!

WTB, Köln, 2. August. Die Polizei teilt mit: Gestern abend wurde ein Kraftwagen mit 15 Nazi auf der Aachener Straße festgehalten, dessen Insassen nach Darstellung der Polizeiverwaltung in Quadrich schwere Ausschreitungen unter Anwendung von Waffengewalt begangen hatten. Bei der Durchsuchung wurden sechs geladene Pistolen schweren Kalibers mit Munition, eine Schreckschusspistole und ein feststehendes Messer vorgefunden. Die Täter wurden festgenommen.

Handgranate gegen das Liegnitzer Volkshaus

Liegnitz, 2. August. Auf das Liegnitzer Volkshaus in der Bismarckstraße wurde in der vergangenen Nacht gegen 1/2 Uhr von den Nazis eine Handgranate geschleudert. Diese explodierte vor dem Volkshaus und zertrümmerte ein großes Fenster, in dessen unmittelbarer Nähe sich eine Wache des Reichsbanners befand. Personen wurden nicht verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen nach dem Täter sind im Gange.

Schüsse auf das Landratsamt in Goldberg

Goldberg, 2. August. In der Nacht zum Dienstag gegen 2 Uhr wurde gegen das Landratsamt auf der Westpromenade, in dem sich auch die Wohnung des kürzlich seines Amtes entsetzten Landrats Gauglitz befindet, drei Revolvergeschüsse von SA-Leuten abgefeuert. Von den Schüssen drangen zwei in ein Privatzimmer des Landrats, ohne aber jemanden zu treffen.

Schießender Naziheld

Steinau a. d. Oder, 3. August. Am Montag erschienen auf dem Arbeitsamt SA-Leute in Uniform, um ihr Stempeldbuch abzuholen. Ihr provozierendes Benehmen und verächtlich machende Bemerkungen über die revolutionäre Arbeiterschaft veranlaßten die Arbeiter, Angehörige der KPD und der Eisernen Front, die Forderung aufzustellen, daß die SA-Leute ihre Armbinden sofort entfernen. Die Nazis weigerten sich, der Aufforderung nachzukommen und es kam zu Zusammenstößen. Die SA-Leute alarmierten einen Sturm, worauf sich eine regelrechte Schlägerei entspann. Einer der braunen Banditen zog eine Pistole und begann zu schießen. Unter dem Druck der Arbeiterschaft mußten sie sich zurückziehen. Erst als sie aus dem Schützenhaus neue Verstärkung erhielten, gingen sie wieder vor und überfielen eine Anzahl Arbeiter, wobei der KPD-Genosse Friede einen Rücken- und Schulterstich erhielt und eine Anzahl anderer Arbeiter verletzt wurden. Als Landjägerbeamte eingriffen, zog sich die SA zurück.

Es ist falsch, anzunehmen,

daß unsere Mitgliederversammlung am Freitag auf Grund des verordneten Burgfriedens nicht stattfinden dürfte. Vom Parteisekretariat wird darauf aufmerksam gemacht, daß Mitgliederversammlungen nach wie vor gestattet sind. Die wichtige Mitgliederversammlung am Freitag, den 5. August, 19.30 Uhr, in der Wratisslawin, Mauritiusplatz, findet also bestimmt statt.

Schwere Verkehrsunfälle

Breslau, 2. August. An der Kreuzung Arletius- und Herdainsstraße wurde eine unbekannte Frau von einem Radfahrer angefahren und zu Fall gebracht. Sie erlitt eine schwere Kopfverletzung und wurde ins Krankenhaus gebracht. Dort ist sie ihren schweren Verletzungen erlegen. Da die Frau keine Papiere bei sich führte, konnten die Personalien nicht einwandfrei festgestellt werden. Sie stand etwa im Alter von 65 bis 70 Jahren. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Der Arbeiter K. wurde an der Rosenthaler Straße von einem Radfahrer angefahren, stürzte und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Im Allerheiligen-Hospital wurde ein schwerer Schädelbasisbruch festgestellt. Der Schwerverletzte befindet sich in Lebensgefahr und war heute morgen noch besinnungslos.

Beuthen OS., 2. August.

Auf der Chaussee Bobrek-Schomberg fuhr ein Beuthener Personenkraftwagen mit großer Wucht in den Brückenbau der Straßenbahn, der die Morgenrother Hauptbahnstrecke überbrückt. Die Insassen des Wagens, die Witwe Amalie Meiser aus Tarnowitz und ihr Sohn, der Ingenieur Alfred Meiser, erlitten schwere Verletzungen. Frau Meiser starb alsbald nach Einlieferung ins Krankenhaus und wenige Stunden später erlag auch der Sohn seinen Verletzungen. Der Wagenlenker und der Besitzer des Wagens, der Baumelster Jasimlik, kamen mit geringen Hautabschürfungen davon. Der Führer besitzt keinen Führerschein und soll sich in angetrunkenem Zustand befunden haben. Er wurde festgenommen.

Ein Polizeibericht

„Am 1. August gegen 19.20 Uhr wurde ein Schutzpolizeikommando nach Oltaschin angefordert. Man durchsuchte einen Trupp SA-Leute und fand eine Pistole, einen Trommelrevolver und bei einem dritten Mann Munition vor. In Oltaschin selbst wurde die Durchsuchung eines Grundstückes veranlaßt. Man fand bei dem Maler F. in einer Aktentasche verpackt vier Pistolen, einen Trommelrevolver, eine Schreckschusspistole und Schlagwerkzeuge vor. Drei Personen werden dem Schnellrichter zugeführt.“ Dunkel ist der Rede Sinn. Wem gehörte das Grundstück? Wer ist der Maler F.? Warum verschweigt man das alles? Gewohnt an die bisherige Formulierung der Polizeiberichte muß man ohne weiteres annehmen, daß es sich — wie sagen sie doch so schön — um einen „Angehörigen der NSDAP“ handelt.

Neue Urteile der Klassenjustiz

Breslau, 3. August.

Am Montag fanden vor dem Breslauer Stand. (Verzeihung!) Bereitschaftsgericht Verhandlungen gegen einige am Wahlsonntag Verhafteten, bei denen man Waffen gefunden hatte, statt. Und wieder einmal hat sich eindeutig das Klassen Gesicht des Bereitschaftsgerichts enthüllt.

Ein Reichsbannermann, der ein 25 cm langes Stück Rohr bei sich gehabt haben soll, wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wohl gemerkt drei Monaten Gefängnis! (Nachweislich hat dieses Stück Eisenrohr — als die Polizei ihn durchsuchte — lediglich nur am Boden in seiner Nähe gelegen.)

Vorher aber fand die Verhandlung gegen nationalsozialistische Banditen statt, die auf der Straße von Brockau nach Tschansch verhaftet worden waren. Es war dies das gerichtliche Nachspiel zur amtlichen Polizeimeldung:

„Gegen 17 Uhr wurde von der Polizei ein Personenkraftwagen mit Insassen, deren Parteizugehörigkeit nicht erkennbar war, auf der Straße Brockau-Breslau in der Nähe von Tschansch angehalten und auf Waffen durchsucht. Der Wagen war mit 18 Personen besetzt. Die Personen wurden nach Waffen durchsucht und es sind hierbei bei fünf Personen Schusswaffen mit rund 200 Schuß Patronen und bei zwei Personen Schlagwerkzeuge vorgefunden worden. Eine Person hatte zwei Schusswaffen. Die Personen gehören der SA der NSDAP an.“

Der SA-Mann Frey aus der Westendstraße 80 — man erinnert sich daran, daß gerade vor diesem Hause im Laufe des Juli zwei KPD-Genossen niedergeschossen worden waren — erzählt mit unschuldiger Miene dem

Gericht, sie hätten „etwas“ aus der Bunzlauer Straße nach der Seifabrik Brockau schaffen müssen. Er hätte dann zwei Magazine mit zwei Patronen gefunden, sie in die Tasche gesteckt und hätte später nicht mehr an seinen „Pund“ gedacht.

Der der Arbeiterschaft berüchtigt bekannte Brudny aus den Uebergangsbarracken, von dem wir mit Bestimmtheit annehmen, daß er am Mittwoch, den 22. Juli, Genossen Günther niederschob, von dem auch mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß er die Schießerei in der Exmittiersiedlung inszeniert hat, von dem wir wissen, daß er wiederholt Ueberfälle auf Arbeiter im Westen veranlaßt hat, erzählt ein schaurig schönes Märchen, wie er zu seiner Parabelumpistole gekommen sei.

Die anderen Angeklagten Böser, Berndt, Franke, Grieger, sie alle ergingen sich in Unschuld und lagen, daß einem die Haare zu Berge standen. Der Mordgeselle Brudny wurde wegen „Nichtablieferung von Waffen“ zu der lächerlichen Strafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Einer der Angeklagten wurde lediglich wegen Vergehens, ein anderer wegen Begünstigung zu 30 Mark, ein anderer wegen Fahrlässigkeit zu 20 Mark und einer zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Breslauer Arbeiterschaft protestiert gegen diese lächerlichen Strafen!

Man vergleiche die Strafe von 4 Monaten Gefängnis gegen einen stark bekannten Rowdi, Verbrecher und Mörder mit dem oben geschilderten Urteil gegen den Reichsbannerkameraden. Eindeutiger läßt sich wohl der Januskopf des Bereitschaftsgerichts nicht erkennen. Das Bürgertum handelt nach dem Grundsatz Klasse gegen Klasse! Und wir...?

Provozierte Arbeitslosenunruhen

Strehlen, 2. August.

Die Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger Strehlens bekamen am vergangenen Freitag die letzte Notverordnung, d. h. die Herabsetzung der Unterstützungssätze, bitter zu spüren. Wenn die verantwortlichen Stellen glauben, bei den verhungerten und ausgeemagelten Wohlfahrtsunterstützungsempfängern auf nur geringen Widerstand zu stoßen, so hatten sie sich verrechnet. Trotz des Versammlungs- und Demonstrationsverbotes wurde aus der Menge eine Delegation gewählt, die gleich darauf beim Bürgermeister vorstellig wurde, der die Vertreter der Arbeitslosen aber zuständigkeitshalber an den Landrat verwies. Die Menge, die vor dem Rathaus auf Beschaid wartete, begab sich ebenfalls zu dem Landratsamt. Ein Grund für die Polizei, „gut ausgerüstet“ auf dem Plan zu erscheinen. Die Unterhändler erreichten, daß zum teilweisen Ausgleich der Kürzungen Wohlfahrtsmarken über 50 Pfennig, und zwar an jeden Hauptunterstützungsempfänger je drei Stück, ausgegeben werden sollen. Da man einsah, daß diese Neuregelung zur Beruhigung der Massen ihnen auch mitgeteilt werden muß, wurde ausdrücklich eine Versammlung auf dem „Reitplatz“ zugestanden, die Polizei angewiesen, sich zurückzuziehen.

Parole: Weitermachen!

Bunzlau, 2. August.

Das Wahlergebnis zeigt auch für Bunzlau dasselbe Bild wie anderwärts: die Arbeiterschaft hat sich einigermaßen behauptet, die Nazis haben weitere Zugänge, starken Zugang buchen die Kommunisten, Beachtenswert ist bei diesem Ergebnis, daß die

Nazis sich nicht auf Kosten der Arbeiterschaft verstärkt haben,

sondern daß ihre Zugänge fast ausschließlich aus dem in Auflösung befindlichen bürgerlichen Lager kommen. Die Lage der Arbeiterparteien verglichen mit der Preußenwahl: die SPD hat in Stadt und Kreis einen Verlust von 406 Stimmen, während die KPD 849 Stimmen gewann. Die SAP verlor in Stadt und Kreis zusammen 177 Stimmen, ein bedauerlicher Rückgang, der sich allerdings ungezwungen erklären läßt: einmal haben wir auf dem Lande diesmal überhaupt keine Agitation betreiben können, nicht eine Zeitung, ein Flugblatt ist auf ein Dorf gekommen. Auch in der Stadt Bunzlau allein ist unsere Agitation, die von wenigen Funktionären unter mancher Mühe durchgeführt wurde (wollt wir ihnen besonders danken), aus Mangel an Mitteln sehr begrenzt gewesen. Dazu kommt aber als entscheidendes Moment, daß viele unserer Freunde der KPD ihre Stimmen gaben, weil infolge der Listenverbindung ja ohnehin unsere Stimmen an der KPD zu fielen. Die Vergleiche lassen das deutlich erkennen, daß die Verluste der SAP von der KPD aufgenommen wurden und nicht von der „Eisernen Front“! Dies Ergebnis entmutigt uns nicht, sondern zeigt vielmehr die Größe und Schwierigkeit unserer Aufgabe, die Arbeitermassen aus dem verhängnisvollen Reformismus zu lösen und zum revolutionären Sozialismus zurückzuführen. Unsere Aufgabe liegt nicht in der parlamentarischen Ebene; wir haben von vornherein keinerlei demokratisch-

parlamentarische Illusion aufkommen lassen, als ob der Faschismus mit dem Stimmzettel zu schlagen sei. Eben weil wir das wissen, weil wir wissen, daß die Arbeiterschaft nur noch im außerparlamentarischen Abwehrkampf vorstoßen kann, überschätzen wir den Wahlausgang nicht. Die faschistische Diktatur — das werden die nächsten Tage schon zeigen — kümmert sich nicht um das Abstimmungsergebnis, sondern handelt, wie sie und die Reichswehr und Herr Hitler will! Die Mandate zählen als Machtfaktor überhaupt nicht. Wir fühlen uns trotz des an sich bedauerlichen Rückschlags durchaus nicht für überflüssig, im Gegenteil, gerade der Wahlausgang zeigt uns, wie notwendig es ist, auf unserem Wege weiterzugehen, weiter für die Einigung der Arbeiterklasse und dadurch für deren Revolutionierung zu wirken. Wir werden an unserer schweren, aber notwendigen Aufgabe unentwegt festhalten!

Weitermachen!

Unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet

Waldenau, 30. Juli.

In Nieder-Salzbrunn brannte vor einigen Tagen die dem Gemeindebeamten Jüptner gehörende Hühnerfarm nieder. Jüptner ist nun unter dem Verdachte, den Brand selbst angelegt zu haben, verhaftet und dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt worden. Jüptner bestreitet bisher die Tat.

Vom Gerüst gestürzt

Ratibor, 3. August.

Bei Maurerarbeiten stürzte der 32jährige Maurer Johann Klytta ab und mußte in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden, wo er bald seinen schweren Verletzungen erlag.

Wieder eine kleine Anfrage

Uns wird mitgeteilt: Gestern abend gegen 19 Uhr, hat die Polizei auf der Berliner Chaussee in der Nähe des Flugplatzes einen Personenkraftwagen und einen Schnellkraftwagen angehalten. Auf dem Schnellkraftwagen befand sich ein Trupp SA-Leute, im Personenkraftwagen Lememörder Heines. Heines zeigte sein übliches amüsiertes Wesen, fuchtelte mit der Reitpistole herum, protestierte mit lauter Stimme gegen das Verhalten der Polizei und weigerte sich, seinen Kofferschlüssel herauszugeben. Endresultat: Die Polizei unterließ die Durchsuchung des Koffers.

Die einzelnen SA-Leute wurden währenddessen durchsucht, man fand einen Spaten, einen Holzhammer, sechs oder sieben Totschläger.

Warum durchsucht man nicht den ganzen Wagen? Warum stellt man die Personalien der Besitzer der gefundenen Waffen nicht fest? Wir wissen, daß wir auf alle diese Fragen keine Antwort bekommen werden. Wir werden aber trotzdem nicht müde werden, sie immer wieder zu stellen, um die proletarische Öffentlichkeit hierüber aufzuklären.

Nazimesserstecher

Breslau, 3. August.

Gestern abend wurde ein SAP-Genosse, wohnhaft in einem Hause in der Grünstraße, unweit der Monistischen Gemeinde, offensichtlich von Nazis durch einen Messerstich in den Arm verletzt. Die braunen Banditen hatten ihm geschickt eine Falle gestellt. Als nämlich der Genosse über den Hof seines Hauses ging, wurde er aus dem Nachbarhause mit Namen angerufen. Als er unvorsichtiger Weise diesem Rufe nachging, erhielt er den Messerstich.

Neuer Lohnraub

Strehlen, 2. August.

In den großen städtischen Steinbrüchen wurden zweimal in einer Woche je ein Schub Arbeitsloser eingestellt. Diese Tatsache erregt Aufsehen, um so mehr, als der Arbeiterschaft beider hiesiger Steinbruchbetriebe zum Ablauf der vorangegangenen Woche gekündigt wurde. Man gab damals an, den Betrieb stilllegen zu müssen. Die Kündigungen wurden dann aber bis auf weiteres zurückgenommen.

Anfangs freuten sich die Arbeiter über die Belegung im Betriebe der Strehleiner Steinbrüche. Die Freude wurde aber zu einer Enttäuschung, als die rigorose und schamlose Art des Herabdrückens der Akkordlöhne bekannt wurde. Nach dem jetzt bestehenden Entlohnungssystem, das dem geschicktesten Facharbeiter nur schwer ermöglicht, im Wochenlohn den Verdienst des im Stundenlohn arbeitenden Hilfsarbeiters zu erreichen. Man nimmt an, daß mit einer Angleichung der Stundenlöhne ihrerseits nun wieder an die Akkordsätze dieser Lohnraub gewissermaßen auf kaltem Wege ergänzt wird.

Neue Einschränkungen in der O.-S. Eisenindustrie

Gleiwitz, 2. August.

Der Beschäftigungsstand bei den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken hat sich im Laufe des Monats Juli weiter verschlechtert. Eine geringe Steigerung des Roheisenbedarfs der Gießereien fiel für den Roheisenabsatz nicht ins Gewicht; der Hochofenbetrieb blieb auf dem bisherigen schon äußerst eingeschränkten Stande. Die Stahlerzeugung mußte sogar noch weiter eingeschränkt werden, da der Auftragsbestand der Walzwerke sich erheblich verschlechterte. Die Form- und Stabeisenstrecken sowie die Drahtwalzwerke können gegenwärtig nur etwa zu einem Fünftel ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden. Der Auftragsseingang ist so schleppend, daß bei weiterem Anhalten dieser Lage die Aufrechterhaltung der Walzwerksbetriebe ernstlich in Frage gestellt werden kann. Die Folge dieser Lage war, daß in verschiedenen Betriebsabteilungen die Belegschaften weiter verringert werden mußten. Wesentlich eingeschränkt wurden besonders die Abteilungen Weichenbau und Gesenkschmiede.

nfilm

Westfront 1918 läuft in der Antikrieg-Morgenfeier am kommenden Sonntag 10 Uhr vormittags in der Skala, Genossen und Genossen, entfaltet für diese Veranstaltung die regste Propaganda. Die Eintrittspreise betragen an der Kasse 30 und 40 Pfennig, im Vorverkauf für Verdienen 30 Pfennig, für Arbeitslose Karten schon

für 20 Pfennig

Karten im Büro, in den Jugendheimen und bei den Funktionären.

Feuer durch Blitzschlag

Striegau, 3. August.

Bei einem Gewitter im Kreise Striegau schlug der Blitz in Thomaswaldau in die Scheune des Gutsbesitzers Simon. Die Scheune mit der darin untergebrachten Ernte, landwirtschaftlichen Maschinen und Wagen wurde ein Raub der Flammen.

Beim Baden ertrunken

Neusalz, 2. August.

Der 18 Jahre alte Arbeiter Willi Ladewig erkrankte beim Baden in der freien Oder. Trotzdem er Nichtschwimmer war, stürzte er sich in das seiner Meinung nach seichte Wasser, das jedoch über fünf Meter tief war. Er ertrank vor den Augen seines Bruders.

Drei Personen vom Blitz schwer verletzt

Bolkenhain, 2. August. Bei einem schweren Gewitter, das gestern abend niederging, schlug in Rudolstadt der Blitz in eine Linde, unter der drei Personen Schutz gesucht hatten. Alle drei wurden durch Brandwunden schwer verletzt, und zwar der dreißigjährige Gutsbesitzersohn Schauf, der Maurer Müller und dessen Schwester.

Straßensperrung

Breslau, 3. August. Wegen Ausführung von Gleisarbeiten wird die Neue Taschenstraße zwischen Garten- und Ernststraße vom 1. 20. August d. Js. für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt. Der Fahrverkehr wird nach Maßgabe der aufgestellten Umleitungsschilder geregelt.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Achtung! Alle Kartenvertriebsleute müssen Freitag von 18 bis 19 Uhr im Sekretariat Holzgasse 3 abrechnen, sonst verfällt das Anrecht auf Freikarten.

SEK

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Freidenkjugend, Gruppe Süd-Ost: Heute 19.30 Uhr im Heim, Taunzienstr. 84, Gruppenabend mit dem Thema: „Wie stehen wir zu den Ergebnissen der Reichstagswahl?“
West: Heute 20 Uhr im Heim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, Gruppenabend unter dem Thema: „Wie stehen wir zu den Ergebnissen der Reichstagswahl?“
Nord: Heute 20 Uhr im Heim, Michaelisstr. 36, Gruppenabend über das Thema: „Wie stehen wir zu dem Ergebnis der Reichstagswahl?“ Gäste willkommen.

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 17 Wädel 3422

Donnerstag, 4. August
8.30 Uhr

Herzdame

Gartenbühne

Donnerstag, 4. August

5.30 Uhr

Konert und Varieté

8.15 Uhr

Frühlingstanz



Deutschland-Norwegen

Welche Spieler vertreten Deutschland?

Eindlich steht die Mannschaft fest, die den deutschen Arbeitersport in Breslau und Waldenburg vertreten soll. Der Bundesspieler hat nach in den letzten Tagen eingehende Beratungen über die Form der für die Landreise in Frage kommenden Spieler eingezogen. Die Aufstellung war diesmal leichter, weil nahezu alle Spieler in den erst blüht stofffindenden Spielen gegen Österreich teilgenommen und auch ihre späteren Spiele in Vereins- und Auswahlmannschaften der Bezirke und Kreise in keinerlei Beziehung ein Nachlassen der Kräfte oder einen Formrückgang ergeben haben. Die deutsche Mannschaft verdient volles Vertrauen, denn alle Spieler sind in Auswahlspielen erprobt und keine Neulinge mehr. 1:11 dieselbe Mannschaft — man möchte beinahe sagen noch verstärkt — die Österreich in Hannover 5:4 geschlagen hat. Im Sturm und

Welche Spieler schickt Norwegen?

Nicht zu Unrecht kann sich die norwegische Arbeiter- und Landmannschaft durch ihre verdienten und überzeugenden Siege über Deutschland und Österreich als die erfolgreichste Fußballkraft der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale bezeichnen. In sie wird weiter ohne Zweifel an Zuverlässigkeit, technischer Reife und anständiger Spielweise auch die bürgerlichen Landmannschaften der nördlichen Länder über treffen. Die uns übermittelte Mannschaftsaufstellung weist alle Namen der Spieler auf, die den Olympiasieger Österreich erst kürzlich in Oslo 4:2 bezwungen haben. 6 Spieler gehörten der Mannschaft an, die in Wien Norwegen in der Olympia-Meisterschaft vertrat. Aber es ist bezeichnend für die weitere Erstarbung der Mannschaft, daß gerade die Spieler, die seitdem neu in die Mannschaft eingereiht wurden, den jüngsten Ruhm der Nordländer begründet haben. Es



wohl die erfolgreichsten, schnellsten und schufreudigsten Spieler untergebracht. Alles große Einzelkämpfer, die der Sturmführung zu einer geschlossenen Leistung bringen wird. Spielen die Läufer so, wie sie es in den letzten größeren Spielen getan haben, dann wird den Norwegern ein Erfolg sehr erschwert. Das selbe trifft auf die Verteidigung zu, die aufeinander eingestellt ist und nicht an Mißverständnissen leiden wird. Sehr erfreulich ist es, daß fast alle Spieler ganz fest mit der Arbeitersportbewegung verwachsen sind. Größtenteils haben sie schon in der Knaben- und Jugendmannschaft ihres Vereins gespielt und obwohl in wirtschaftlicher Bedrängnis, allen Angeboten bürgerlicher Vereine getrotzt. Fast alle sind als Vereinsmitglieder oder auf anderen Verwaltungsposten in der Fußballbewegung tätig und helfen dort als Amtverwalter. Es sind also keine Eintagsfliegen und keine Sportler, die um eines wirtschaftlichen Vorteils wegen ihrer Bewegung untreu werden. Diese Merkmale einer Mannschaft sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

set dabei nur an den Mittelstürmer Martinsen erinnert, der von Fachleuten als der beste Stürmer Skandinaviens bezeichnet wird. Die Norweger, die in ihrer bescheidenen Art sonst sehr zurückhaltend in der Beurteilung ihrer Spieler sind, sprechen diesmal offen aus, daß sie dieser Mannschaft ihr volles Vertrauen schenken und sie noch niemals seit Bestehen ihrer Bewegung eine so gute und so ausgezeichnet zusammenspielende Mannschaft aufzuweisen hatten. Die Mannschaft wird in folgender Besetzung ihre Spiele bestreiten.

- K. Haug**
Moss A. J. L.
O. Olsen E. Svendsen
Stemmetad Grönvold
Aage Sörensen E. Hamang W. Olsen
Sagene Borgen Sprint
H. Sörensen S. Holdahl A. Martinsen O. Navestad
Moss A. J. L. Trondhjem Lilleström Borgen
H. Hansen Borgen
Ersatz: O. Karlsen (Torw.), J. Aabjörnsen (Vert.),
K. Henriksen (Stürmer)

Kleine Sportnachrichten

Arbeiters-Rads u. Kraftfahrerbund „Solidarität“
Bezirk 1:
Donnerstag, 4. August, 17 Uhr, findet auf der Rennbahn in Lillenthal ein Training unserer Rennfahrer statt. Einige Teile davon werden gefilmt. Wir laden

Oskar Laqua

Andersenstraße 31
Kolonialwaren

und

KABA

das nichtstopfende,
wohl-schmeckende
Familien-Getränk



Jetzt billiger:

Das Paket 30 u. 60 Pfg.

dazu alle Bundesmitglieder des Bezirks ein, sich daran beteiligen

Arbeiters-Rads u. Kraftfahrerbund „Solidarität“
Ortsgruppe Bruckau-Tschansch:

Donnerstag, 4. August: Ausfahrt zum Behrennen nach Lillenthal. Abfahrt 16.30 Uhr von Taube.

Freitag, 5. August, 20 Uhr: Vereinsabend bei Taube.

Sonntag, 7. August: Ausfahrt nach Pesterwitz. Abfahrt früh 5 Uhr von Taube.

Verantwortlich: R. Pfaff Breslau, für Inserate Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterszeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG Breslau, Neue Graupenstr. 7

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. 1. Treppe

Telefon 206 02

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. 1. Treppe

Telefon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt

Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau

Konto Nr. 102 92

Südpark-Konzert der Schles. Philharmonie HEUTE 20 UHR

KAFFEE HAG SCHONT



IHR HERZ zu haben bei:

W. Krieger
Steinstraße 61 Telefon 30639
Kolonialwaren -: Delikatessen

Wo decke ich meinen Bedarf?

OHLAUER TOR

Schuhhaus Paul Bürkner
Mauritiusplatz 2
Schuhwaren — Reparaturwerkstatt — Schuhführerei

O. Müller Lebensmittel
Mühlensfabrikate
Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße
Molkereiprodukte

Werbt Abonnenten! Genossen!

im „Sika-Wäschehaus“
Klosterstraße 13, Ecke Feldstraße
kauft man gut und billig!

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Techansch Karl-Marx-Str. 33

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 133

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlensfabrikate, Spirituosen
Vorwerkstraße 75, Ecke Lächstraße

SUD U. SUDWEST

Erle Breslauer Lohnwäscherei
Liefert Ihnen im Wellein der Hausfrau in ½ Lage die große Wäsche schrankfertig!
Großer, geschützter, sonniger Trockenplatz steht Ihnen zur Verfügung.
Rufen Sie noch heute an!
Arnold Schmidt
Fernruf 341 53 Hubenstr. 2, Tor 7

Reserviert! Nr. 101

Obst und Südfrüchte
G. Janitz Lehmgrubenstr. 62

Drogen, Farben, Foto
Walter Bienen, Lehmgrubenstraße 56

R. & E. Horvay
Bespizsch. Hohenzollernstr. 59 Filiale Gräbchenstr. 52. Edele Delikat.
Kolonialwaren
5%, Rabatt auf sämtlichen Waren 10%

Kauft Lucke, Farben nur beim Fachmann
Erich Hoffmann
Jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 352 79

Rathenow

Unser Saison-Schluß-Verkauf

stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten

CONITZER / RATHENOW

das führende Modehaus

Arbetersport in Norwegen

Die Arbeiterschaft Norwegens ist gut und stark organisiert, auch die Konsumbewegung ist stark verbreitet. Die norwegische Arbeiterpartei nimmt in der internationalen Arbeiterbewegung eine Sonderstellung ein. Die Arbeiterpartei, die Gewerkschaften und die Arbeiterjugend gehörten früher der dritten Internationale (Moskauer Richtung) an. Die norwegischen Arbeiter ließen sich die Bevormundung durch Moskau nicht lange gefallen und traten bereits 1927 aus der 3. Internationale aus. Seitdem hat die norwegische Arbeiterpartei keine Bindungen eingegangen, sie hat sich nicht der 2. Internationale angeschlossen, aber steht ihr nahe. Diese Entwicklung hat auch die Entwicklung der norwegischen Arbeitersportbewegung stark beeinflusst.

Der norwegische Arbeitersportbund („Arbeidernes Idrettsforbund AIF“), mit dem Sitz in Oslo, besteht seit 1923. Schon früher, seit 1921, regte sich in der allgemeinen bürgerlichen Sportbewegung eine Opposition, die in Oslo und in anderen Orten dann später zur Gründung von Gewerkschaftssportvereinen führte. Da Partei und Gewerkschaften der Internationale russischer Führung angehörten, war es verständlich, daß sich der neugegründete Sportbund der „Roten Sports Internationale“ anschloß. Die RSI war heil froh, ein Mitglied gewonnen zu haben, das gute organisatorische und technische Leistungen aufweisen konnte. Als der norwegische Arbeitersportbund (AIF) mit den aus der kommunistischen Internationale inzwischen ausgetretenen Partei, Gewerkschaften und Jugendbewegungen eine Interessengemeinschaft gründete, befahl Moskau die Lösung dieses Verhältnisses. Diese Bevormundung lehnten die norwegischen Arbeitersportler ab. Dazu kamen noch andere Mißbilligkeiten, die den russischen Einfluß immer mehr schwächten. Der Bundestag Pfingsten 1931 beschloß mit 160 gegen 15 Stimmen den Austritt aus der RSI. Mit 99 000 Mitgliedern und 260 Vereinen hatte die kommunistische Sportinternationale ihr wertvollstes Mitglied (nach Rußland) eingebüßt. Der Anschluß an die Sozialistische Arbeitersport-Internationale (Sasi) ist noch nicht vollzogen. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden der Sasi ist aber inzwischen so eng und herzlich geworden, daß der Anschluß nur noch ein Akt der Formalitäten ist. Nur der nächste Bundestag ist für die Entscheidung zuständig.

Ein Kampf gegen die bürgerliche und kommunistische Sportbewegung muß ähnlich wie in Deutschland geführt werden. Obwohl damals bei der Spaltung zu Vereinen mit kommunistischer Mehrheit austraten, wurde dieser Abgang in kurzer Zeit durch 65 Neueintritte von Vereinen ausgeglichen und längst überholt. Eine Schwächung trat auch nicht ein, als im Vorjahre 100 000 norwegische Arbeiter durch die Unternehmer länger als drei Monate ausgeperrt waren, weil die Arbeiter sich eine vierprozentige Lohnkürzung nicht aufzwingen lassen wollten.

Die nach Lösung von der RSI gewaltig angewachsene Arbeitersportbewegung erweckt jetzt ganz besonders das Mißfallen der bürgerlichen Sportbewegung Norwegens. Sie anerkennt die Leistungen des Arbeitersportes, versucht ihn aber durch allerlei unsaubere Handlungen zu schädigen. Das norwegische Parlament bewilligt jedes Jahr einen Betrag für die Sportbewegung. In diesem Jahr wurde der Betrag auf 60 000 Kronen herab-

gesetzt. Der Arbeitersport bestrafte seiner Stärke entsprechend einen Teil dieses Betrages. Die bürgerliche Mehrheit des Parlaments brachte diesen Antrag zu Fall und schenkte den bürgerlichen Verbänden den ganzen Betrag. Gegen diese Bevormundung wehrten sich die Sportler kräftig. Neben alle Parteisportvereine verlangen jetzt, daß alle Amtsverwalter keinen bürgerlichen Vereinen mehr angehören dürfen. Später soll der Beschluß auf alle Parteimitglieder ausgedehnt werden.

Die deutschen Arbeitersportler kennen die norwegischen Genossen jetzt aus einer ganzen Reihe von Zusammentreffen. Ohne andere Auslandsverbände durchzusetzen kann gesagt werden, daß die Zusammenarbeit und das Verhältnis zwischen den deutschen und norwegischen Arbeitersportlern das denkbar beste und freundschaftlichste ist. Ihr scheidendes Auftreten, ihre Zurückhaltung, ihre sportliche Gesinnung und Zuverlässigkeit wird von keinem anderen Verband der Sasi übertroffen. Die schlesische Arbeitersportgemeinde muß deshalb der Bundesleitung dankbar sein, daß sie ihre drei Spiele der norwegischen Ländereif gegen die deutsche Auswahlmannschaft bescheren wird.

Zum vierten Mal Kumpeltod

Schlesiengrube, 3. August. Auf der Schlesiengrube hat sich wieder ein tödlicher Unfall ereignet, und zwar ist es der vierte innerhalb kurzer Zeit. Der Arbeiter Kozlik wurde von Gesteins- und Kohlenmassen verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Zustand der Grube soll ungeheuerlich sein. Die Gewerkschaften verlangen die Prüfung der Grubenanlage durch Sachverständige.

216 Arbeiter ertrunken

Bombay, 3. August. Bei einem Fährunglück in Ost-Bengalen sind 216 mohammedanische Arbeiter ertrunken. Nur 31 konnten gerettet werden.

Als sie sich Arbeit schaffen wollten

Friedenshütte, 3. August. Auf dem Gelände der Franz-Hütte hatten Arbeitslose einen Schacht angelegt. Der 20jährige Arbeitslose Wisniewski wurde, als er dort arbeitete, von plötzlich ausbrechenden Gasen betäubt und konnte erst nach langwierigen Bergungsarbeiten als Leiche geborgen werden.

Schweres Autobusunglück

Dirschau, 3. August. Auf der Chaussee Berent-Karthaus fuhr ein mit 15 Personen besetzter Autobus gegen einen Chausseestein und wurde dann gegen einen Baum geschleudert. Das Fahrzeug ging vollkommen in Trümmer. Bei dem Unfall wurden 4 Personen schwer und 11 leicht verletzt.

Der neue Reichstag

Berlin, 1. August.

WTB. Nach dem bis Montag verliegenden amtlichen Meldungen wird der neue Reichstag 607 Abgeordnete umfassen. Diese Zahl verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Parteien:

Partei	Sitze
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	230
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	132
Kommunistische Partei Deutschlands	80
Zentrum	75
Deutschnationale Volkspartei	37
Bayerische Volkspartei	23
Deutsche Volkspartei	7
Deutsche Staatspartei	4
Christlich-Sozialer Volksdienst	4
Deutsche Bauernpartei	2
Landbund (Württemberg, Bayern und Weingärtnerbund)	2
Wirtschaftspartei	1
Deutsches Landvolk	1

Bei der Verrechnung der Sitzzahlen ist hierbei von den Wahlabkommen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Verrechnung ihrer Rechtsstimmen getroffen worden sind.

Schwere Unwetterschäden an der Mittenwaldbahn

Innsbruck, 2. August. Ein schwerer Unwetter ging gestern Abend im ganzen Inntal an der Mittenwaldbahn nieder und verursachte erhebliche Verkehrsstörungen. Auf der Mittenwaldbahn wurde bei Gleisenbach der Bahnkörper durch die von den ausbrechenden Wildwassern mitgerissenen Schlamm- und Gesteinmassen in einer Länge von 200 Metern und in einer Höhe von drei Metern bedeckt. Der Personenverkehr wird durch einen Kraftwagen-Pendelverkehr aufrecht erhalten. Zur Freimachung der Strecke ist eine Abteilung des Bundesheeres angefordert worden. Der Verkehr dürfte erst in drei bis vier Tagen wieder voll aufgenommen werden.

Fabrik fliegt in die Luft

Riesige Explosion in Emmerich

Die Stadt Emmerich wurde heute morgen gegen 10 Uhr durch eine gewaltige Detonation in Schrecken versetzt. Die Oxyd-Werke, die Zweigabteilung der Oel-Werke Noury von der Lande, sind in die Luft geflogen. Das Unglück ereignete sich in der Trockenabteilung des Betriebes, bei dem Weiblichgebäude, das vollständig in Trümmer ging. Die Eisenbleche wurden mehrere hundert Meter weit geschleudert. Glücklicherweise erfolgte die Explosion zur Zeit der Frühstückspause, so daß sich mit Ausnahme von 2 Arbeitern niemand in dem Gebäude befand.

Beide Arbeiter wurden zerrissen. Durch die Gewalt der Explosion wurden in den anliegenden Straßen hunderte von Fensterscheiben zertrümmert und auch die Dächer teilweise abgedeckt. Es wurden auch mehrere Personen verletzt, jedoch nur leichter, teils durch herumfliegende Glassplitter.

Emmerich, 3. August. Zu dem Explosionsunglück in Emmerich, das zwei Todesopfer forderte, wird noch be-

kannt, daß vier Personen erheblich verletzt sind. Es handelt sich hier um das Kind eines Fischers und drei Angestellte der Firma Noury & van de Lande, die durch herumfliegende Eisenteile getroffen wurden. Die Ursache der Katastrophe soll die Explosion eines Oxyd-Silo sein.

Oldenburgisches Zentrumblatt verboten

WTB. Das in Vichte erscheinende führende Zentrumorgan des oldenburgischen Landes, die Oldenburgische Volkszeitung, ist durch eine Verfügung des oldenburgischen Innenministeriums auf vier Tage verboten worden wegen eines Artikels, in dem das oldenburgische Innenministerium eine „Verächtlichmachung“ des Nazi-Ministerpräsidenten steht!

„Der Arbeitslose“ verboten!

WTB. Magdeburg, 2. August. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Wochenschrift „Der Arbeitslose“ in Erfurt auf vier Wochen verboten.

Dr. Seipel gestorben

WTB. Wien, 2. August. Der frühere Bundeskanzler, Dr. Seipel, der seit drei Wochen im Sanatorium Waldrieden zur Erholung weilte, ist heute früh um 1/8 Uhr im 56. Lebensjahr gestorben. Nachdem im Anfang eine Besserung seines Zustandes eingetreten war, hatte sich sein Befinden in der letzten Zeit bedeutend verschlimmert.

Mit Seipel verliert die österreichische Bourgeoisie den hervorragendsten Leiter ihrer Geschichte in der Nachkriegszeit. Seipel und Blüchler für die Gefahren der Bourgeoisie waren bei ihm in einem seltenen Maße gepaart. Immer erwies er sich als ein kalter und kühler Rechner, und mehr als einmal gelang es ihm, das Bürgertum erfolgreich durch schwerste inner- und außenpolitische Situationen hindurchzulanzieren. Innerpolitisch hatte er sich zur Aufgabe gestellt, den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen. Zu diesem Zweck scheute der Prälat nicht, sich mit den dunkelsten Kräften zu verbinden. Die Heimwehren fanden darum in ihm stets einen hohen Protektor. Doch die Sozialdemokratie erwies sich in Oesterreich als stärker als dieser Seipel. Sie nahm den ihr von Seipel angebotenen Kampf auf und wies ihn nicht, wie die deutsche Sozialdemokratie etwa gegenüber Brüning, der in Seipel sein Vorbild sah, um Milde. Dank dieser scharfen Oppositionsstellung ist es darum auch der österreichischen Sozialdemokratie gelungen, im Besitz des Vertrauens der Massen zu bleiben und dadurch ihre Geschlossenheit zu behaupten.

Nicht viel erfolgreicher war Seipel als Außenpolitiker. Zwar gelang es ihm, mit Hilfe verwegener taktischer Schachzüge, vom Völkerbund eine größere Anleihe zu erpressen, aber doch nur um den Preis des Verzichts auf die politische Selbständigkeit Oesterreichs. Auch die Hoffnung, daß mit dieser internationalen Finanzhilfe Oesterreich über dem Berg sei, hat sich nicht erfüllt. Die Weltwirtschaftskrise hat Oesterreich eher und härter als irgendeinen anderen Staat in Europa erfaßt, und gerade in diesen Tagen wird im österreichischen Parlament über die Annahme oder Ablehnung einer neuen Anleihe diskutiert, die der Völkerbund Oesterreich auf sein Drängen zu Bedingungen gewähren will, die Oesterreichs politische Unabhängigkeit noch erheblich weiter einschränken.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALLIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50. Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Verbreitung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Auch in dieser Stunde treten die Führer der Mehrheitsparteien, einer nach dem anderen, an das Rednerpodium und versprechen der Regierung ihre Unterstützung. Auch die Sozialdemokraten stellen sich geschlossen hinter die Regierung, auch sie erklären sich nicht grundsätzlich gegen die geplante Nationale Verteidigung.

Der Parteiführer Ebert steht am Podium. Friedrich Ebert, der sich in zäher Kleinarbeit an die Spitze der größten Partei Deutschlands hinaufgearbeitet hat. Im Parteivorstand bearbeitete er das Ressort Sozialpolitik. Seit 1913 war er neben Haase Parteivorsitzender. In den Jahren seines Aufstieges hatte er selten Stellung zu Ideen genommen, die noch im Fluß und unentschieden waren. So wurde er innerhalb der Meinungskämpfe seiner Partei der ruhende Pol. In der Kriegspolitik blieb er immer „der Turm“.

Ebert erklärt jetzt ausdrücklich: „Wir bekennen uns genau wie am 4. August 1914 zur Landesverteidigung...“ Aber er ist der Mann der Mehrheit und spricht aus, was allgemein anerkannt und nicht mehr umstritten werden kann. Und so wendet er sich gegen die absolutistische Stellung der OHL, die im Bestreben, die Verantwortung für den Zusammenbruch von sich abzuwälzen, von den Generälen schon freiwillig aufgegeben worden ist, und erklärt im Ton unerschütterlicher Überzeugung: „... die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar! Er geht weiter und versetzt der schon sinkenden Macht des Kaisers einen Fußtritt: „... auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr!“

Ebert wendet sich den Unabhängigen zu. Im Profil sieht man das angesetzte Fett seines Genicks, das sich in einer schweren Quetschfalte über den Halsbogen legt. Er hebt seine Stimme und ruft in weithallendem Pathos durch das Haus: „Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Nur Freiheit kann die Wunden heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. Deutschland muß frei werden oder untergehen!“

Dann sprechen Stresemann, Westarp, Solf...

Der neue Kriegsminister, v. Scheffich, stellt sich vor. Auch die Gegner des Reiches kommen zu Worte, die Elsen-Lothringer, die Polen, die Dänen, die Unabhängigen. Sie fordern die Lösung großer Gebietsteile von Deutschland und die radikale Umgestaltung des gesamten Staatswesens.

„Wir treten aus unserer Zurückhaltung heraus...“

„Wir dürfen und können jetzt offen sprechen...“

„Das Schwert muß in die Scheide gesteckt und in einem Museum für Altertümlichkeiten aufbewahrt werden.“ — „Die elsen-lothringische Frage ist zu einer internationalen geworden!“ — „Ich fordere die endgültige Lösung der nordachslawischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“

Die Exzellenzen am Regierungstisch rücken zusammen.

„Der Chor der Schakale!“

„Finis Germaniae!“

Der Pole Korfanty ruft mit erhobener Stimme: „Geraubt und geplündert haben sie!“

„Raus der Hund, schmeißt ihn raus!“

Eine Anzahl Abgeordneter springen auf und drängen auf den Polen ein. Die Gäste auf den Tribünen trampeln mit den Füßen. Der Präsident schwingt die Glocke.

Der Kriegsminister redet, allmählich erst durchdringt er den Tumult:

„Es sind tiefste Tage, es sind schwere Tage für einen Kriegsminister besonders schwer. Es sind aber nicht verzweifelte Tage... in unserem Heer, in unserem Volk, in unserer Wirtschaft sind die Kräfte voll vorhanden, geeignet, uns zum nachhaltigen Widerstand zu befähigen...“

Die Unabhängigen brechen in lautes Lachen aus.

Der Kriegsminister faßt den Säbelknäuf fester. Zwischen seinen Augenbrauen steht eine steile Falte. „Dieses Lachen wird die Kräfte nicht mindern, aber es wird dazu beitragen, diese Kräfte zu steigern. Meint Herren, diese Kräfte zu beleben und unserer Kampffront zuzuführen wird meine vornehmste Aufgabe sein!“

„Bravo!“ rufen die Konservativen.

„Bravo!“ rufen die Abgeordneten der Mitte.

„Bravo!“ rufen auch die Sozialdemokraten.

... und dann muß ich mich dagegen verwehren, daß der Führer einer großen Partei — wie ich mich leider aus dem Stenogramm überzeugen mußte — die kommandierenden Generäle mit tobsüchtigen Menschen verglichen hat...“

„Das sind sie doch — Säbelraßler!“

„Das System hat sich nicht geändert!“

„Wir stehen noch immer unter dem preußischen Kommissariat!“

Der Kriegsminister wird immer wieder unterbrochen. Auch die Sozialdemokraten werden unruhig und beteiligen sich an den Zwischenrufen. „Vielen verlassen ihre Plätze, um in das Reichstagsrestaurant zu gehen. In der Wandelhalle stehen Gruppen und sprechen über die eben eingetroffene neue Note des Präsidenten Wilson.“

Dann hat Haase, der Führer der Unabhängigen, das Wort. Die Abgeordneten kehren in den Saal zurück, um die Rede des Unabhängigen anzuhören. Haase spricht von den Friedensmöglichkeiten, die sich 1915 anbahnten, die 1918 bestanden, um die sich 1917 der Papst bemühte, und er erklärt alle Parteien von Westarp bis Scheidemann schuldig an der Verlängerung und an den Opfern des Krieges.

„Pfui!“ rufen die Konservativen.

„Unerhört!“ die Zentrumleute.

Eine Anzahl Sozialdemokraten kommen nach vorn, umlagern das Rednerpult und versuchen zu atmen. Sie verstehen, daß Haase sich nicht mehr an die Mitglieder dieses Hauses wendet, sondern an die unzufriedenen Massen außerhalb des Parlaments, deren Führung die Unabhängigen unter Ausschluß der Sozialdemokraten an sich reißen wollen.

„Sind Sie nicht an unserer Politik beteiligt, Genosse Haase?“

„Haben Sie nicht auch Anleihen bewilligt?“

„Und als 1917 die Matrosen meuterten...“

„Da wollten Sie nichts mit zu tun haben!“

„Damals waren Sie viel zu feige!“

„Und beteuerten Ihre Unschuld!“

„Und verschanzten sich hinter Naumann!“

„Hinter einem Trimborn sogar!“

„Unerhört!“

„Heuchler!“

„Katastrophenpolitiker!“

„Das nennt man Oel in das brennende Haus schütten!“

Ebert ist nicht nach vorn gekommen. Er ist auf seinem Platz geblieben und hat anscheinend gelangweilt eine Zeitung hervorgeholt, — aber er liest nicht, keinen Satz Haases läßt er sich entgehen. Er denkt an die Zeit, da er den oft beruflich verhinderten Rechtsanwalt Haase im Parteivorstand vertreten durfte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Parteien zum 31. Juli

SPD und KPD zum Wahlergebnis

Die kommunistische „Welt am Abend“ bespricht das Wahlergebnis des 31. Juli mit auffälliger Zurückhaltung. „Diese Wahl“, erklärt das Blatt, „ist zu einem Merkstein der deutschen Arbeiterbewegung geworden“, wobei natürlich insbesondere der kommunistische Stimmengewinn unterstrichen wird, der auch für die Kommunisten selber die große Wahlüberraschung darstellt.

Andererseits ist das Blatt aber auch nicht so borniert, um auch die Stimmabgabe für die SPD richtig zu deuten, worauf wenigstens folgende Bemerkung schließen läßt:

„Zugleich muß eine wichtige Feststellung gemacht werden: Da die Massen, welche den sozialdemokratischen Führern folgen, in ihrem Herzen antisozialistisch eingestellt sind — das gilt auch für Teile des Zentrums — so bedeutet das Wahlergebnis insgesamt den Ausdruck der antisozialistischen Welle innerhalb des deutschen Volkes.“

Es bleibt dem Blatt überlassen, wie es diese in jeder Beziehung zutreffende und in der Tat „wichtige Feststellung“ mit der kommunistischen Theorie vom „Sozialfaschismus“ in Einklang bringen will.

Übrigens befindet sich die SPD gegenüber der KPD in einer ähnlichen Lage wie umgekehrt. Weit davon entfernt, die Wähler zurechtzuweisen, weil sie — was doch zumeist auf Kosten der SPD geschah — Hammer und Sichel zu diesem Gewinn verhalten, wird der Stimmenswuchs der KPD geradezu mit Genugtuung begrüßt, was sich mit den sonstigen Agitationslosungen der SPD auch nicht grade verträgt.

Sehr bedenklich müssen Äußerungen stimmen, die im „Vorwärts“ vom 1. August zu der weiteren Entwicklung zu lesen sind. Nach einer Darlegung der neuen Parteikonstellation im Reichstag und der einschlägigen vorläufigen Bestimmungen wird erklärt:

„Gegenüber einem Reichstag, der sich den Staatsaufgaben versagt, ist die sogenannte „Präsidentenregierung“ die einzig tatsächlich übrig bleibende Möglichkeit. Eine solche Präsidentenregierung darf aber dann nicht eine Parteiregierung sein, wie es die Regierung von Papen, trotz aller Ablehnungsversuche, in Wirklichkeit ist.“

Gegenüber einer Regierung, die soeben noch amtierende preussische Minister durch ihre Leutnants verjagt ließ, klingt dies zumindest sehr sanft. Vor dem 31. Juli hatte man in EF-Kundgebungen sehr viel kräftigere Töne vernommen.

Doch es kommt noch besser. Unter Berufung auf die Nazi-Kundgebung, worin sie betonen, daß den Nazis „das Recht auf die Staatsführung im Reich nicht mehr genommen werden“ kann, bemerkt der „Vorwärts“ wörtlich:

„Die NSDAP hat selbstverständlich das Recht, über die Bildung einer Reichstagsmehrheit, mit der sie regieren zu können hofft, zu verhandeln. Daß die Sozialdemokratie zu einer solchen Mehrheit in der allerschärfsten Opposition stehen würde, versteht sich von selbst. Ein Versuch der Nationalsozialisten, sich auf anderem Wege der Führung zu bemächtigen, würde wohl zur Katastrophe, nicht zum Erfolg führen.“

Bisher galt es als eine unerschütterliche Lösung der Sozialdemokratie, daß die Nazis unter keinen Umständen — also auch nicht legal — zur Macht kommen dürfen. Ihre seit Jahren verfolgte Politik kreiste immer wieder um diesen Punkt. Um Hitler nicht zur Macht kommen zu lassen, hatte die SPD die Brüning'schen Notverordnungen toleriert und alles geschluckt, was die Reaktion zusammenbrachte. Jetzt plötzlich findet sich die SPD mit einer legalen Machtergreifung bzw. Machtbeteiligung offenbar ab und kündigt Widerstand nur noch für den Fall an, daß die Nazis versuchen, „sich auf anderem Wege der Führung zu bemächtigen“. Was mit der in diesem Zusammenhang vorausgesetzten Katastrophe gemeint ist, bleibt freilich das Geheimnis des „Vorwärts“.

Löbes klare Linie in dieser Wirnis

Zu denen, die offenbar noch immer nicht begriffen haben, was das Auftreten des Junkerkabinetts in Wirklichkeit bedeutet, gehört auch der bisherige Reichstagspräsident Löbe. Wie nach jeder Reichstagswahl, so untersucht er auch jetzt wieder die parlamentarischen Arbeitsmöglichkeiten, die sich diesem neuen Reichstag bieten. Hierbei kommt Löbe zu dem Schluß, daß ohne die Mitte, Zentrum und Bayern eine parlamentarische Regierung nicht möglich sei. Damit ständen die Nazis jetzt auch im Reiche vor dem Scheidewege: „dem Teufel der Koalition (so bitter ist offenbar der Nachgeschmack, den die SPD-Koalitionspolitik bei Löbe hinterließ) den kleinen Finger zu reichen oder — weiter auf die Mehrheit zu warten.“ „Scheitert auch das Zusammenwirken zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, dann ist die Gefahr des Weiterregierens mit Notverordnungen und Verfassungsdehnung in nächste Nähe gerückt.“

Doch Löbe, der ewig lächelnde, sieht bei allem auch einen strahlenden Lichtpunkt. Für die Sozialdemokratie „ergibt sich eine klare Linie in dieser Wirnis“. Diese schaut so aus:

„Wir werden der Mehrheit des Reichstags, die das Wort sozialistisch im Munde

führt hat, die praktischen Vorschläge zur Milderung und Behebung der Krise durch staatliche Eingriffe und soziale Maßnahmen unterbreiten und erproben, wie weit die Herrschenden gewillt sind, die dem Volke gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Jeder Anschlag auf die Staatsbürgerrechte des Volkes aber wird unsere energische Abwehr finden.“

Je deutlicher sichtbar diese unsere Tätigkeit dem deutschen Volke genossen wird, um so eher wird an Stelle der betäubenden Hypnose, die Schlagworte wieder die nützliche Kritik und die ernsthafteste Prüfung treten. Mit diesem Vorsatz treten wir in den Reichstag ein, dessen Arbeitsfähigkeit auch wir mit den stärksten Zweifeln entgegensehen.“

Die „stärksten Zweifel“ gelten, wie wir meinen, indessen nicht nur im Hinblick auf die „Arbeitsfähigkeit des Reichs“, sondern kaum minder im Hinblick auf die Wirksamkeit der „klaren Linie“, die sich für die Sozialdemokratie nach Löbe „in dieser Wirnis“

„Der Stimzettel entscheidet nicht mehr“

Am Schluß einer Würdigung der Wahlergebnisse schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“:

„Doch die Beurteilung der politischen Lage in Deutschland kann heute nicht mehr allein die parlamentarischen Kräfteverhältnisse ins Auge fassen. Immer weiter hat sich in den letzten Jahren, furchtbar rasch und entscheidend in den letzten Wochen, das Schwergewicht vom Parlament weg in den Bereich der außerparlamentarischen Machtmittel verschoben. Das Schicksal der deutschen Demokratie, obwohl sie gewaltige Millionenmassen von Wählern an die Urne bringt, wird nicht mehr mit dem Stimzettel entschieden. In der deutschen Republik entscheidet nicht die Zahl der Stimmen, sondern die Zahl und Ordnung der Gewehre. Die deutsche Verfassung ist nicht mehr die geschriebene von Weimar, sondern die der Machtverhältnisse, von der Lassalle einst sprach, deren entscheidende Faktoren Fabriken, Gutshöfe und Polizeisäbel sind — und vor allem jener sprichwörtliche Leutnant mit zehn Mann, der erst jüngst die geschriebene Verfassung suspendiert hat. Das Ergebnis der gestrigen Wahl wird trotz der moralischen Niederlage, die die Reaktion durch den Fehlschlag ihrer Hoffnungen erlitten hat, an den tatsächlichen Machtverhältnissen wenig ändern. Aus dem Reichstag ohne Mehrheit werden die Junker und Generale die Macht ableiten, weiterhin die Regierung in ihren Händen zu halten: angeblich gegen rechts und links — in Wahrheit gegen das Proletariat und im Bunde mit den Faschisten. Das bedeutet: den Kampf um den deutschen Reichstag hat die deutsche Arbeiterschaft in Ehren bestanden. Der Kampf um die deutsche Republik geht weiter. Ihn wird nur ein einziges Proletariat siegreich zu Ende führen.“ (Es kann doch wohl auch der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ nicht entgangen sein, daß der Kampf, den das Proletariat in Deutschland zu führen hat, sich längst nicht mehr auf einen Kampf um die Republik beschränkt, sondern daß dieser Kampf vielmehr ein revolutionärer Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus und immer ein Kampf um die völlige sozialistische Neugestaltung der Gesellschaftsordnung sein muß.)

Was jetzt zu tun ist

In einer Wahlbetrachtung schreibt der linksdemokratische Dortmunder General-Anzeiger u. a.:

„Es ist Hitler nicht gelungen, die Verantwortung für die Maßnahmen des Papen-Regimes in der Öffentlichkeit loszuwerden. Man hat vielmehr aus dem Wahlergebnis den Schluß zu ziehen, daß es bei dem proletarischen Anhang Hitlers zu dämmern beginnt, daß die vielen verblödeten Arbeitslosen, die in die Nazifront gestossen waren, wieder zur Besinnung kommen. Eine große Zahl von ihnen ist zur kommunistischen Partei zurückgekehrt, die bei diesen Wahlen einen Aufschwung erfährt, der selbst die größten Optimisten ihrer Führer in Erstaunen setzt. Daß das Wahlergebnis auch klar zeigt, daß der kommunistische Stimmenswuchs nur zum kleinen Teil auf Kosten der Sozialdemokratie geht, ergibt sich mit absoluter Sicherheit, daß hier Stimmen, die bei den letzten Wahlen Hitler gegolten hatten, jetzt für die KPD abgegeben wurden.“

Der „Marxismus“, gegen den das Feldgeschrei der vereinigten Reaktion gerichtet war, geht ungebrochen aus dem Wahlkampf hervor und zeigt sich in radikalisierter Form. Das ist ein „Erfolg“ der Papen-Politik, ein Erfolg der engstirnigen Zwangsmaßnahmen gegen die KPD und des Gewaltschlages gegen Preußen.“

Die Betrachtung schließt:

„Nach dem Zusammenbruch der Staatspartei besteht für die nächste Zeit keinerlei Hoffnung, daß eine republikanische Koalition wieder zustande kommen kann. Die Arbeiterschaft wird zunächst mit einer längeren Oppositionszeit zu rechnen haben. Sie wird diese Zeit dazu ausnutzen, ihre geistigen und organisatorischen Fundamente zu stärken und vor allem die Zerklüftung zu beseitigen, die die eigentliche Quelle ihres Machtchwundes ist.“

ergibt. Denn einmal werden die Nazis schon verhindern, daß Löbe den angekündigten Entlassungsfeldzug antreten kann, ganz abgesehen davon, daß auch dafür gesorgt sein wird, daß die Wähler in absehbarer Zeit noch einmal zu Worte kommen, und zum anderen gehen die ganzen Berechnungen Löbes auch schon darum fehl, weil die Junker-Regierung dem deutschen Parlamentarismus längst den Todesstoß versetzt hat. Das heißt: „jener Anschlag auf die Staatsbürgerrechte des Volkes“, der die „energische Abwehr“ der Sozialdemokratie finden soll, ist bereits erfolgt. Die Wahlen des 31. Juli waren nur ein taktischer Zug der Papen und Schleicher, keineswegs aber eine Anerkennung des Parlamentarismus. Das heißt aber auch, daß die von Löbe angekündigte „energische Abwehr“ längst fällig ist und keinen Aufschub mehr verträgt. Wenn darum die Löbeschen Betrachtungen überhaupt einen politischen Wert haben, so den, daß sie eine neue Bestätigung dafür liefern, daß die SPD auch jetzt noch nicht an eine „energische Abwehr“ denkt.

Verlegenheit im Nazi-Lager

Lider ist dies noch keineswegs so sicher, wie es das Blatt hinstellt. Aber die Lösung dieser Aufgabe ist eine unumgängliche Notwendigkeit geworden. Wie in der Vergangenheit werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen.

Verlegenheit im Nazi-Lager

Im Nazi-Lager hat der von Hitler ruhmredig als „unerhört“ bezeichnete „Sieg“ — in Wirklichkeit hatte man mit mindestens 15 Millionen Stimmen gerechnet — eine sichtliche Verlegenheit hervorgerufen, die besonders in einem Artikel Rosenbergs im „Völkischen Beobachter“ ihren Ausdruck findet. Zwar ruft Rosenberg am Schluß pathetisch aus: „Der Kampf geht weiter, der Endsieg ist uns jetzt nicht mehr zu entreißen. Deutschland ist erwacht, bald werden unsere Fahnen von allen Zinnen wehen“, aber diese Zuversicht mutet reichlich gekünstelt an. Denn war als das Ziel der Nazis die Auslieferung der „ganzen und uneingeschränkten Macht“ aufgestellt worden, so erklingt es jetzt aus den Spalten der Nazi-Pressen wesentlich gedämpfter. So schreibt Rosenberg:

„Rein technisch-arithmetisch ist auf Grund des Wahlergebnisses eine einheitliche Regierungsbildung auch nur in bezug auf grundlegende Fragen nicht möglich. Es werden wohl zweifelhafte Versuche unternommen werden, um diesen Reichstag „regierungsfähig“ zu machen. Wir haben keine Ursache, diesen Möglichkeiten vorzugreifen, obgleich die Aussichten dazu denkbar gering sind. Die jetzige Reichsregierung befindet sich also in ähnlicher Position wie die geschäftsführenden Länderregierungen, da ja auch eine Brüning-Koalition restlos unmöglich gemacht worden ist und die KPD außer Betracht bleibt. Daraus ergibt sich eine politische Perspektive, die nur bestimmt werden kann durch die ungeheure Dynamik, die trotz aller Hemmungen in der Hitler-Bewegung wiederum elementar zum Ausdruck gekommen ist. Denn wurde bereits 1930 das damalige Ergebnis als „Eidrusch“ empfunden, so zeigt die heutige mehr als verdoppelte Zahl die ungeheure Kraft in einer Weise, daß ein Vorüberregieren an ihr nunmehr endgültig der Vergangenheit angehören muß.“

In welchen Formen sich dieser nicht mehr einzudämmende Wille Geltung schaffen wird, wird Überlegung der nächsten Wochen sein. Adolf Hitler hat jedenfalls eine überwältigende Vollmacht von der deutschen Nation übertragen erhalten, die seine Bewegung nicht nur zahlenmäßig zur weitaus stärksten gemacht hat, sondern die auch in ihrem inneren Wert und Gehalt nahezu alles vereint, was überhaupt noch berechtigt ist, für Deutschland — und nicht für irgendwelche Internationale — zu sprechen.“

Das heißt nichts anderes, als daß die Nazis entschlossen sind, sich mit einer Mitbeteiligung an dem Junkerkabinet zu begnügen. Einige Schwierigkeiten sind allerdings noch zu überwinden: den mit einer skrupellosen Eitendpropaganda hinter das Hakenkreuz gescharten Massen wird diese offene Verbindung mit den Vätern der letzten Notverordnung nicht recht einleuchten wollen. Breite Teile von ihnen hatten die verlorene Verlegung des Papenkabinetts durch die Naziführer für bare Münze genommen. Doch die Nazi-Demagogen werden den Dreh schon finden. Das Stichwort ist bereits herausgegeben: das Anwachsen der kommunistischen Stimmen — so wird argumentiert — habe die Bolschewistengefahr aufs neue akut gemacht, aber — also Rosenberg — „ohne den Nationalsozialismus ist die bolschewistische — zugleich gesamt marxistische — Gefahr heute überhaupt nicht mehr zu überwinden“. Damit ist der Weg, den die Nazis gehen werden, zernahlich klar vorgeschrieben: unter dem Vorwand, den Bolschewismus — oder, wie Rosenberg sagt, den „Gesamtmarxismus“ — auszurotten, werden sie den geheimen Pakt mit Schleicher zu einem öffentlichen machen.

Die Reichsbank Ende Juli

Berlin, 2. August.

WTB. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Juli 1932 hat sich in der Ultimo-woche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 350,0 Millionen auf 3744,4 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 185,4 Millionen auf 3107,5 Millionen RM., die Bestände an Reichsschatzwechseln um 42,5 Millionen auf 47,6 Millionen RM. und die Lombardbestände um 122,1 Millionen auf 224,0 Millionen RM. zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 254,8 Millionen RM. in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 244,9 Millionen auf 3966,9 Millionen RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 9,9 Millionen auf 413,2 Millionen RM. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 13,9 Millionen RM. ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 379,6 Millionen RM. eine Zunahme um 20,8 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 2,2 Millionen auf 894,1 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 12,1 Millionen auf 766,2 Millionen RM. zugenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 9,9 Millionen auf 127,9 Millionen RM. abgenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am Ultimo 22,5% gegen 24% am 23. Juli d. Js.

Wie Österreich die Währung schützt

Wien, 2. August.

Die Regierung hat heute dem Nationalrat ein „Gesetz zum Schutz der Währung“ vorgelegt, durch das die Ausbreitung unwahrer entstellter oder aufgebauschter Nachrichten über die Wertbeständigkeit der österreichischen Währung unter Strafe gestellt wird.

Mißtrauensantrag gegen Dollfuß abgelehnt

Wien, 2. August.

WTB. Der Mißtrauensantrag der Großdeutschen im Nationalrat gegen die Regierung wurde mit Stimmengleichheit 8: zu 8 abgelehnt.

Für den Antrag stimmten außer 70 Sozialdemokraten und 9 Großdeutschen 3 Mitglieder des Heimatblocks. Das gegen stimmten u. a. 66 Christlich-Soziale, unter ihnen bereits der Ersatzmann Dr. Seipels, der Wiener Bankier Wancura.

Der Anleihevertrag wurde dem Hauptausschuß zugewiesen.

Wahlergebnisse aus der Mark Brandenburg

In Prenzlitz — Sieg der Einheitsfront.

SPD 294, KPD 363, SAP 199 Stimmen. Für die Einheitsfront sind demnach abgegeben insgesamt 856 Stimmen. — 433 Stimmen erhielt die NSDAP, 37 die Deutschnationalen, 22 das Zentrum, 22 die Staatspartei und einige wenige Stimmen entfielen auf andere Gruppen. Die Gegner der Arbeiterbewegung erhielten 511 Stimmen, mit den Demokraten 538. Gegenüber der Reichstagswahl 1930 hat sich das Verhältnis nicht wesentlich verschoben, gegenüber der Landtagswahl im April ist eine Verschiebung zugunsten der Arbeiterparteien eingetreten. Die Verschiebung innerhalb der Arbeiterpartei ist zugunsten der KPD eingetreten, weil ein Teil der SAP-Anhänger der KPD direkt die Stimme gegeben hat. Die Prenzlitzer Arbeiterschaft hat im Sinne der Einheitsfront den gegenseitigen Kampf restlos eingestellt. Die Genossen der verschiedenen Parteien unterstützten sich mit aller Energie unter der Parole: Wähle am 31. Juli links. Die Entscheidung ist mit der Wahl nicht gefallen. Die Entscheidung wird fallen, wenn die Einheitsfront der Werktätigen im Reiche so fest gefügt sein wird wie in Prenzlitz. Hier sind die Anhänger der SPD, der KPD und der SAP so weit, daß sie das Schicksal der Klasse von der einheitlichen Aktion abhängig wissen.

Vormarsch der Arbeiterschaft in Aue

Mit Recht kann behauptet werden, daß die Einheitsfront, die zwischen unseren Anhängern und der KPD besteht, wieder Vertrauen in die Massen der Proletariat schafft. Die SPD erhielt an Stimmen 3142, verlor seit der Reichstagswahl 1930 an 223 Stimmen. Die KPD erhielt an Stimmen 3425, gewinnt seit der Reichstagswahl 1930 an 499 Stimmen. Unsere Partei, die das erste Mal am Wahlkampf teilnahm, konnte 226 Stimmen verzeichnen. Insgesamt hat die Arbeiterschaft 6793 Stimmen, während die Nazi 6586 Stimmen verzeichnen. Hätte die SPD sich an der bestehenden roten Einheitsfront beteiligt und zusammen die rote eiserne Einheitsfront gebildet, würde die SPD keinen Stimmenverlust zu verzeichnen haben, die Arbeiterschaft aber noch einen größeren Erfolg haben. Der Wahlkampf wurde von unserer Ortsgruppe mit bescheidenen Mitteln geführt. Der Wahlsonntag verlief ruhig, die Arbeiterschaft stand bereit, den faschistischen Terror zu brechen. — In der Nacht zum Sonntag wurde im Stadtteil Alberoda der Reichsbannergenosse Buhl ohne jede Veranlassung von dem Nazi Arnolden schwer verletzt.